

# Landtag aktuell

18. Juni 2008

## Debatte über NÖ Landesbudget 2009 Ausgaben 7,03 Mrd. Euro -Einnahmen 6,75 Mrd. Euro

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 10 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zur Beratung des Landesvoranschlages 2009 zusammen.

Abgeordneter Helmut **D o p p l e r** (VP) referierte zum **Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2009**. Der Haushalt sieht Ausgaben von 7,03 Milliarden Euro bzw. eine Steigerung von 6,42 Prozent vor. Die Einnahmen sind mit 6,75 Milliarden Euro bzw. einer Steigerung von 7,91 Prozent veranschlagt. Daraus resultiert ein Brutto-Abgang von 279 Millionen Euro. Der Netto-Abgang beläuft sich im Voranschlagsjahr 2009 auf 229,8 Millionen Euro. Nach Maastricht-Kriterien wird ein Überschuss in der Höhe von 261 Millionen Euro erzielt.

Landesrat Mag. Wolfgang **S o b o t k a** (VP) wies in seinen Ausführungen darauf hin, dass in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Veränderungen am weltweiten Finanzmarkt zu verzeichnen seien. So verliere etwa der Dollar massiv an Wert, der Ölpreis habe sich vervielfacht, die Lebensmittelpreise seien gestiegen, es herrsche auch eine Immobilienkrise. In Niederösterreich sei mit dem aktuellen Voranschlag erstmals die Schallmauer von 7 Milliarden Euro an Ausgaben durchbrochen worden. Man benötige Einfühlungsvermögen in der Pflegepolitik, der Integrations- oder auch der Bildungspolitik. Niederösterreich sei reich an Freiwilligen, an Vereinen und Kultur; derartige Solidarität und Mitmenschlichkeit sei notwendig, um ein Zahlenwerk entsprechend umsetzen zu

können. Der Voranschlag solle den Weg in die nächsten Jahre bereiten und Niederösterreich zu der sozialen Modellregion Europas machen. 2009 würden 47 Prozent des Budgets für soziale Ziele und Gesundheit zum Einsatz gelangen. Aufgrund der Tatsache, dass dies einer Steigerung um 2 Prozent gegenüber 2008 entspricht, sprach Sobotka von einem „ausgewogenen sozialen Budget“. Von 2005 bis 2008 sei der Landeshaushalt im Volumen um 1,3 Milliarden Euro gestiegen, was primär auf die Übernahme der Kliniken zurückzuführen sei. Im Hinblick auf das Ziel der sozialen Modellregion übernehme das Land Niederösterreich auf allen Ebenen Verantwortung. Beispiele hierfür seien die 24-Stunden-Betreuung, der Regressverzicht, die Bildungsförderung, die Unterstützung der PendlerInnen, die Maßnahmen am Arbeitsmarkt oder auch der kostenlose Kindergarten am Vormittag. Hinsichtlich des starken Anstiegs der Inflation reagiere Niederösterreich mit dem NÖ Wohnbaumodell bzw. mit der Schaffung leistbarer Wohnungen. Durch Investitionen werde auch in Sachen Bildung vorgesorgt. Voraussetzung dafür, dass nahezu die Hälfte des Budgets in die Bereiche Gesundheit und Soziales fließe, seien beste wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Land. Das werde in Niederösterreich durch das hohe Wirtschaftswachstum und die Tatsache unterstrichen, dass Niederösterreich der Wirtschaftsmotor der Ostregion sei. Auch die hohen Beschäftigtenzahlen, die über den langjährigen Durchschnitt liegen, spiegeln die gute Konjunktur wider.

Sobotka meinte, die Einnahmen beim Landesbudget würden heuer um 90 Millionen Euro über den Erwartungen liegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde man die Maastricht-Kriterien für das Jahr 2008 erreichen. Trotzdem werde man auch in den nächsten Jahren mit den einzelnen Budgets der Abteilungen beim Amt der NÖ Landesregierung sparsam umgehen. Auch beim Kommunalgipfel mit den Gemeinden sei kürzlich vereinbart worden, was für Vorhaben in Zukunft umgesetzt werden. In der Regel werden rund 65 Prozent der Investitionskosten vom Land und 35 Prozent von den Gemeinden getragen. Die Aufwendungen im Budget für die niederösterreichischen Gemeinden für das Jahr 2009

habe man von 550 Millionen Euro auf 770 Millionen Euro erhöht. Durch die Übernahme der Gemeindespitäler durch das Land konnten die Budgets der Kommunen um insgesamt 290 Millionen Euro entlastet werden. Generell würden in den nächsten Jahren die Einnahmen stärker steigen als die Ausgaben, wodurch sich der Schuldenanteil nicht erhöht und neuer Spielraum für die Zeit einer schwächer werdenden Konjunktur geschaffen wird. Weiters stelle das Budget 2009 auch mit der neuen Wohnbauförderung, dem NÖGUS, leistbaren Wohnraum für alle, dem NÖ Pflegemodell und mit der Seniorenpolitik „Betreutes Wohnen“ sowie mit dem „besten Gesundheitssystem in ganz Europa“ die Weichen für die optimale Versorgung der Bevölkerung. Damit werde auch die wichtige Basis für eine gesunde Umwelt und für die notwendige Infrastruktur geschaffen. In Niederösterreich sei mit den vielen Tagesmüttern und Kindergärten für die Familien auch ein „Ja“ zum Kind leichter möglich. Weiters werde es das Land Niederösterreich nicht zulassen, dass die Sanierung der Krankenkassen zu Lasten der Bürger stattfindet. Weitere Projekte für 2009 seien die Initiative „Lehre mit Matura“, der Ausbau der Kreativakademien und Musikschulen sowie bessere Angebote für die Jugend durch das neue NÖ Schulmodell.

Die Kultur schaffe „Arbeit für viele und Werte für alle“. Die Initiativen in diesem Bereich würden die Breite des Landes widerspiegeln, von der Schallaburg über den Archäologiepark Carnuntum bis hin zum Kulturzentrum Grafenegg, das internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen habe. Kultur umfasse aber auch Bereiche wie die Denkmalpflege, die Bibliotheken und die tägliche Kulturarbeit von der Blasmusik bis hin zu den Chören.

Niederösterreich sei als Wirtschaftsstandort hervorragend aufgestellt. So seien etwa durch die Niederösterreich-Büros international renommierte Unternehmen nach Niederösterreich geholt worden. Die Gründeroffensive bringe rund 6.000 neue Betriebe pro Jahr, von denen gut drei Viertel auch nach fünf Jahren noch existieren. Im Bereich der Landwirtschaft werde weiter intensiv an der Sicherung der bäuerlichen Einkommen und

dem Landschaftsschutz gearbeitet. Regionalität bedeute in Niederösterreich auch Klimaschutz. Niederösterreich habe daher als einziges Bundesland den Klimaschutz mit einer eigenen Budgetposition bedacht.

Es gelte nun die trockenen Zahlen mit Leben zu erfüllen, sagte Sobotka. Den eigenständigen Weg weiter zu gehen, sei dabei nicht nur Markenzeichen des Landes Niederösterreich, sondern eine Notwendigkeit.

## Generaldebatte

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) hielt zu den Rahmenumständen dieses Budgets fest, dass es im Vorfeld der heutigen Sitzung heftige Worte in den Medien und einen „ungewöhnlichen Schritt“, die Entziehung der Kompetenzen, gegeben habe. Verschiedene Meinungen gehörten zu den Wesensmerkmalen der Demokratie. Der Klimawandel mache sich immer stärker auch mit sozialen Auswirkungen bemerkbar. Wenn Pendler überlegten, aufgrund der hohen Treibstoffpreise ihren Wohnsitz zu wechseln, lasse sich dem nicht mit vierspurigen Straßen begegnen. Es müsse eine „Summe von Antworten“ geben, etwa im Bereich Bauen und Wohnen, bei der Energieerzeugung oder im Verkehrsbereich. Ein wichtiger Schritt hierbei wäre eine Bestandsgarantie für das jetzige Streckennetz im öffentlichen Verkehr. Keine einzige Nebenbahn dürfe mehr eingestellt werden. Petrovic kündigte mehrere Resolutionsanträge an, vor allem den Umwelt- und den sozialen Bereich betreffend.

Abgeordneter Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, die „Raubritter“ seien auch 2009 flott unterwegs. Das Budget sei ein „sozialer Eisberg“, die Fortsetzung der Misswirtschaft auf Kosten fleißiger Bürger und ein „in Zahlen gegossener Irrweg“. Das Budget beinhalte auch keine Entlastungen für die Bevölkerung, insbesondere für die 350.000 niederösterreichischen Pendler. Die Ablehnung des Budgets begründe sich in der ehrlichen Sorge um die Landsleute. Die Diskussion der letzten Woche solle von den wahren Problemen ablenken, auch in Niederösterreich gebe es nun Bundesverhältnisse.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, die SP habe immer Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert, sei aber nicht zu einer gemeinsamen Erstellung des Budgets eingeladen worden. Die SP werde daher ein differenziertes Abstimmungsverhalten zeigen. Die Ablehnung geschehe nicht aus parteipolitischen Kalkül,

sondern wegen der zu wenig sozialen und arbeitnehmerfreundlichen Ausrichtung. Die SP sehe nach wie vor ihre Aufgabe darin, sich positiv in die Gestaltung des Landes einzubringen. Er verstehe die „Straffaktionen“ gegen den Landeshauptmannstellvertreter und die gesamte SP NÖ nicht. Das Miteinander dürfe nicht nur so lange gelten, so lange alles im Sinne der VP geschehe. Seine Fraktion vermisse im Budgetvoranschlag 2009 Strategien etwa gegen Teuerungen und steigende Energiekosten. Auch für die heimischen PendlerInnen werde seiner Ansicht nach zu wenig getan, insbesondere habe man den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes „verschlafen“. Auch in Niederösterreich werde die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Das Budget sei ein wichtiges Zahlenwerk sowie die Grundlage für die Gestaltung der Gesellschaft. Seine Fraktion wolle mehr Geld unter anderem für sozialmedizinische Dienste, für geschützte Werkstätten oder auch für Rettungsorganisationen sowie eine Anhebung des Heizkostenzuschusses. Die Erstellung des Budgets sei nicht im Sinne der SP NÖ erfolgt und man sei auch nicht zur Mitarbeit und Diskussion eingeladen worden.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) warf der SP eine „rüde Gangart“ vor und meinte, dass die Bevölkerung Offensiven für das Land sehen wolle. Das Nein von Landeshauptmannstellvertreter Leitner sei kein politischer Kavaliersdelikt, sondern ein Nein zur Zusammenarbeit. Die Mitkompetenzen in diversen Bereichen habe man der SP weggenommen, da es in Niederösterreich keine Blockadepolitik geben dürfe. Wo die Klarheit der Mehrheit sei, ist auch die Verantwortung, betonte Schneeberger. Faktum sei, dass Landeshauptmannstellvertreter Leitner ohne das Budget genau gelesen zu haben, dieses aus „reinem Blockadewillen“ abgelehnt habe. Dieser Stil, der dem auf Bundesebene ähnele, dürfe in Niederösterreich keinen Platz haben. Wenn es bei den Mitgliedern der Landesregierung gemeinsame Kompetenzen gebe, können Anträge mutwillig von einem Regierungsmitglied blockiert werden. Um dies gar nicht möglich zu machen, seien die Kompetenzen in der Landesregierung nach dem „Vertrauensbruch“ von Leitner bei

der Nicht-Zustimmung beim Budget geändert worden. Diese Kompetenzverschiebung sei eine Notwendigkeit gewesen. Generell seien die Sozialausgaben im Budget in den letzten Jahren stark gestiegen, wodurch viele Schritte hin zu einer sozialen Modellregion in Europa gemacht wurden. Wer behaupte, dass hier die soziale Ausgewogenheit fehle, ignoriere die Fakten. Zur Veranlagung der NÖ Wohnbaugelder meinte Schneeberger, dass zweimal jährlich von Landesrat Sobotka eine Bilanz gelegt werde. Zudem seien die Wünsche und Vorstellungen der SP Niederösterreich betreffend die Budgetverhandlungen unklar, da einmal eine Umschichtung von 36,5 Millionen Euro und eine Woche später eine Umschichtung von 73 Millionen Euro gefordert wurde.

# Spezialdebatte

## Gruppe 0

### Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

In der Gruppe 0 sind im ordentlichen Teil Ausgaben von 676,63 Millionen Euro und Einnahmen von rund 103,68 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) meinte, der Erfolg der 573 NÖ Gemeinden habe einen wesentlichen Anteil an der guten Entwicklung Niederösterreichs. Ziel des kürzlich stattgefundenen Kommunalgipfels sei es, alle Gemeinden bei ihren Projekten und Vorhaben zu unterstützen, damit diese auch ihre anderen Verantwortungsbereiche wahrnehmen können. Im Zuge dieser Verhandlungen sei vereinbart worden, dass das Land eine Lücke von 25 Millionen Euro zusätzlich finanziert. Ein weiterer Schritt zur finanziellen Entlastung der Gemeinden in den letzten Jahren sei die Übernahme der Kliniken durch das Land gewesen. Für alle zukünftigen Investitionen im Spitalsbereich gilt, dass für diese auch in Zukunft allein das Land aufkommt. Auch in das ländliche Wegenetz würden mehr Investitionen fließen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) sprach über die Entlastung der Gemeinden durch die Übernahme der Krankenhäuser. Von diesen Übernahmen profitierten Gemeinden, Patienten und Spitäler. Die Standortgemeinden hätten sich dadurch einmalig 184 Millionen Euro und laufend pro Jahr 106 Millionen Euro erspart. Die Patienten würden dank der Investitionen des Landes von einem noch nie dagewesenen Modernisierungsschub profitieren. Die Spitäler selbst würden durch die jetzt mögliche Kooperation große Fortschritte im medizinischen Bereich machen; außerdem ergäben sich betriebswirtschaftliche Synergien.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r (G) betonte, dass es angesichts „trauriger Vorfälle“ in letzter Zeit wichtig sei, ausreichend Personal insbesondere im Bereich der Jugend-

wohlfahrt zu haben. Sie brachte mit ihren Fraktionskollegen daher einen **Resolutionsantrag** betreffend „Aufstockung Personal Fachbereich Jugendwohlfahrt“ ein.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) stellte fest, dass die Raumordnung in Niederösterreich „bestens funktioniert“. Bezüglich der Bauordnung sei man auf einem guten Weg, allerdings müsste man vor allem den Bereich der Wärmedämmung noch stärker in der Bauordnung verankern. Handlungsbedarf sah er auch im Bereich der Kanalbenutzungsgebühren. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** der Abgeordneten Jahrman und Waldhäusl betreffend der Einsetzung einer Expertenkommission zur Novellierung des NÖ Kanalgesetzes ein. Außerdem forderte er eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, die guten Ergebnisse des Kommunalgipfels könnten nicht mit der Erstellung des Budgets in Zusammenhang gebracht werden. Er verstehe unter Partnerschaft nicht, dass einem vier Tage vor der Sitzung ein 7 Milliarden Euro-Budget „auf den Tisch geknallt“ werde. Im Sinne des Stabilitätspaktes hätten die NÖ Gemeinden immer Pakttreue gegenüber Bund und Land bewiesen, der Ausgabendruck für die Gemeinden halte aber weiter an.

Abgeordneter Mag. Johann H e u r a s (VP) sagte, die 573 NÖ Gemeinden nehmen jährlich 3,5 Milliarden Euro in die Hand, die irgendwo in Niederösterreich investiert werden. Das leiste einen wesentlichen Beitrag für das überdurchschnittliche NÖ Wirtschaftswachstum. Die Gemeinden seien auf die Partnerschaft des Landes angewiesen, zumindest was die VP betreffe, werde diese Partnerschaft auch geschätzt und gelebt. Punkto Budget seien es nicht vier, sondern zehn Tage gewesen. Er verstehe nicht, dass das Angebot des Landeshauptmanns auf Fristverlängerung um eine Woche von der SP ausgeschlagen worden sei.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) bezog sich auf die EUREGIOS im Wein- und Waldviertel. Beim obersten Ziel, die „Grenze auch aus den Köpfen“ herauszudrängen, habe man beachtliche Erfolge. Zudem gebe es in vielen Bereichen sehr enge Ko-

operationen. Erstmals gebe es auch ein positives Wirtschaftswachstum in den Grenzregionen.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) kritisierte die mangelnde Spargesinnung im Bereich Verwaltung, positiv seien die hervorragende dezentrale Arbeit der Bezirkshauptmannschaften und die höhere Abgeltung der Fahrtkostenzuschüsse. Im Zusammenhang mit den seiner Meinung nach zu hohen Repräsentationsausgaben der Landesregierung brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** ein. Schließlich merkte Waldhäusl an, dass auch beim Krankenpflegefachdienst bzw. der entsprechenden Ausbildung nicht gespart werden dürfte. Zum Antrag des Abgeordneten Jahrman hielt er fest, dass er die Causa selbst bereits mehrmals eingebracht habe und daher dem Antrag beitrete. Auch dem Antrag der Abgeordneten Krismer wolle er zustimmen.

Abgeordnete Ingeborg **R i n k e** (VP) beschäftigte sich mit der Europäischen Union und meinte zur Abstimmung in Irland, dass vermehrte Kommunikation und ein verstärkter Dialog wünschenswert wären. Die EU packe Probleme an und könne einen Wandel herbeiführen; sie sei ein Friedensprojekt und ermögliche die Umsetzung von Projekten. Allein in den 13 Gemeinden der Wachau hätten die EU-Förderungen in den vergangenen Jahren 1,2 Millionen Euro betragen. Zu ihrem Vorredner hielt sie fest, dass die Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik auch Niederösterreich viele Vorteile gebracht hätte.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) widmete sich ebenfalls dem Thema EU und meinte, dass man hier durch die Entscheidungen in Irland neuerlich vor einer „dramatischen Situation“ stehe. Man müsse die Idee der EU als solche verkaufen, als die sie einmal gedacht war – zur Schaffung von Frieden in Europa. Es gelte, nachzudenken, warum die EU-Stimmung in der Bevölkerung so schlecht sei und wie die Sozialpolitik in

Europa zu gestalten sei, so Renner. Es brauche Argumente, um das „sozial hinkende Bein“ der EU in Schwung zu bringen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) meinte, im Zuge der erfolgreichen EU-Regionalpolitik seien seit dem EU-Beitritt Österreichs insgesamt 5.300 Projekte umgesetzt worden. In diesem Zusammenhang habe man 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 49.000 abgesichert sowie insgesamt Investitionen von 2,3 Milliarden Euro ausgelöst. Niederösterreichs Wirtschaftswachstum liege weit über den Österreichdurchschnitt, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, dass in den letzten Jahren kontinuierlich mehr EU-Mittel für Niederösterreich aus Brüssel lukriert werden konnten. Heute sei der Wirtschaftsstandort Niederösterreich hervorragend aufgestellt, 23 Prozent der Exporte würden in die EU-Länder gehen, unterstützt von den fünf Niederösterreich-Büros und durch die Export-Offensive.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) sagte, für die Finanzperiode 2007 bis 2013 seien insgesamt 146 Millionen Euro für regionale Leitprojekte in Niederösterreich projektiert. Insgesamt erhalte Niederösterreich 26 Prozent der für ganz Österreich zur Verfügung stehenden EU-Fördermittel. Außerdem könne mittlerweile in ganz Niederösterreich gefördert werden, seit kurzem auch im prosperierenden Wiener Umland. Durch diese aktive Landes- und Regionalpolitik der EU habe sich die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessert. So seien beispielsweise für die territoriale Zusammenarbeit über das INTER-REG 3 A-Programm insgesamt 39 Millionen Euro für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) erklärte, Schwerpunkt des Förderprogramms der EU für Niederösterreich seien die Wirtschaft- und Tourismusförderung, die Technologieförderung und die Regionalentwicklung. Niederösterreich habe es immer wieder verstanden, alle Finanzmittel aus Brüssel abzuholen. Niederösterreich profitiere im Besonderen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Mitgliedsstaaten

der EU. Er kritisierte jedoch die seiner Meinung nach zu hohen Fördermittel der EU für die Landwirtschaft. Ein wesentlicher Beitrag zur gerechteren Verteilung der Gelder für die Landwirtschaft sei auch die Veröffentlichung dieser Daten, die im Gegenteil zu den anderen EU-Ländern in Österreich noch nicht üblich sei.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r (G) meldete sich mit einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort: Die EU-Agrarförderungen für österreichische Landwirte würden ab kommenden Montag online gestellt.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) sagte, die EU-Regionalförderung habe sich als sehr nachhaltig für die NÖ Wirtschaft erwiesen. Auch die Landeshauptstadt St. Pölten habe sich in den Bereichen Verwaltung, Kultur, neuer Hauptbahnhof und Landhausviertel gut entwickelt. Weitere Erfolgsprojekte seien das neue Stadion St. Pölten, die geplante S 34 West-Trasse, die Fachhochschule St. Pölten, das Stadtbussystem mit erdgasbetriebenen Niederflurbussen, der Zubau bei der geschützten Werkstätte St. Pölten sowie die Kooperation zwischen EVN und St. Pölten im Bereich der neuen Wärmeleitung von Dürnrrohr zur Landeshauptstadt.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) sprach zum Thema Raumordnung“ Im Grenzland sei erstmals ein „Turn around“ geschafft worden, Niederösterreich sei hierauf dem richtigen Weg. Weiters profitiere Niederösterreich von der EU-Erweiterung und der Nähe zu Wien. Hier fehle in Bezug auf die Raumordnung eine ordnende Hand. Als konkretes Beispiel nannte er die Firma Novomatic in Gumpoldskirchen. Hier hätte es zuerst einen Spatenstich gegeben, dann die Baugenehmigung und als letztes sei die nötige Bauklasse gewidmet worden. Hier werde „im Rückwärtsgang“ gearbeitet.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) bezog sich auf die steigende Bevölkerungszahl in Österreich, von der auch Niederösterreich profitiert. Das Land nutze auch die Möglichkeit, junge Familien beim Wohnungsbau verstärkt zu unterstützen, denn „der wichtigste Platz auf der Welt ist das Zuhause“.

Abgeordneter Emil S c h a b l (SP) nahm zum Thema Konsumentenschutz Stellung. Der Konsumentenschutz habe angesichts der Preisentwicklungen ständige Aktualität. Gerade in Niederösterreich konnte hier sehr viel erreicht werden, weil es eine gute Symbiose zwischen der Arbeiterkammer Niederösterreich und dem Konsumentenschutzressort gebe. Konsumentenschutz betreffe auch neue Bereiche wie das Internet-Shopping oder die Handy-Nutzung. In den Schulen sollte der Umgang mit Geld frühzeitig erlernt werden. Bewährt habe sich der Preisvergleich der Arbeiterkammer bei Treibstoffen, auch bei Grundnahrungsmitteln gebe es seit kurzem ein Preismonitoring.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) meldete sich nochmals zu Wort und brachte einen **Resolutionsantrag** der Abgeordneten Schuster, Jahrman, Petrovic und Hauer betreffend Bauordnung als Hindernis für Klimaschutz-Maßnahmen, wie z. B. Wärmedämmungsmaßnahmen ein.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, die NÖ Regionalisierung sei zur zentralen Säule der EU-Förderungen geworden. Eine Säule des Erfolgs sei dabei die Gemeinsamkeit gewesen, in den Gremien der ecoplus sei Einstimmigkeit gang und gebe gewesen. Sie hoffe nicht, dass die SP auch hier Blockadepolitik betreiben werde.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) meinte, LEADER+ habe von 2000 bis 2006 niederösterreichweit 277 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 22,6 Millionen Euro und einem Fördervolumen von 17,2 Millionen Euro seitens der EU ausgelöst. Für die Periode 2007 bis 2013 sei wiederum mit einer Vielzahl von Projekten zu rechnen. Für die NÖ Sprachoffensive, an der bisher 19.000 SchülerInnen teilgenommen haben, bestehe großer Bedarf. Im tschechischen Raum werde durchaus Deutsch gesprochen, vice versa aber kaum.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) ging auf das Thema Raumordnung ein. Die Kleinregionen seien die Zukunft der Kommunalpolitik. Zurzeit seien 85 Prozent aller NÖ Gemeinden in insgesamt 62 Kleinregionen zusammengeschlossen. Als positive Bestim-

mungen nannte er die Förderung der Digitalisierung örtlicher Raumordnungsprogramme und die Schaffung von Zentrumszonen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erinnerte an die von Präsident Penz an die Abgeordneten gestellte moralische Sollforderung hinsichtlich Fleiß, Objektivität, Arbeit und Qualität. Er vermisse den gemeinsamen Konsens etwa bei den Kanalgebühren, bei Familien- und Sicherheitspolitik, Alternativenenergien, Freiwilligenwesen u. a.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) hielt fest, dass für das Land Niederösterreich über 36.000 Menschen arbeiten. In der Hoheitsverwaltung und im Straßendienst gebe es ein leichtes Minus bei den Dienstposten, wobei dies keine Geringschätzung dieser beiden Bereiche bedeute. Ein Plus von 596 Dienstposten verzeichne man hingegen im Bereich Pflegeheime, Kliniken und Jugendheime. 67 Prozent der MitarbeiterInnen seien im sozialen Bereich tätig, was als Indiz dafür zu werten sei, dass Niederösterreich sich am Weg zur sozialen Musterregion befinde. Zum Antrag der Freiheitlichen betreffend Einfrierung der Gruppe 0 meinte Michalitsch, dass dies kein guter Weg sei und man zu einer leistungsbezogenen Verwaltung ja sagen müsse.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) widmete sich dem Thema Tierschutz. Mit dem Viertelstierheimkonzept und der 29 Cent-Regelung habe man eine solide Basis geschaffen. Der Tierschutz in Niederösterreich sei auch deshalb so gut, weil es eine gute Zusammenarbeit mit dem NÖ Tierschutzverband gebe. Die vor einiger Zeit eingerichtete Homepage verzeichne pro Monat 3.000 Zugriffe.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) widmete sich den Dienstposten in den Bereich Kindergarten und Schule. Im laufenden Schuljahr habe das Land bis zu 145 Dienstposten geschaffen und 5,05 Millionen Euro investiert. Im kommenden Schuljahr könnten 268 Dienstposten bzw. 9,4 Millionen Euro notwendig sein. Die 1.020 Kindergärten werden von 44.000 Kindern besucht; ab Herbst kommen 390 Gruppen für rund 7.000

Kinder dazu. Auch sei es notwendig, 435 Dienstposten zu schaffen. Das Land werde deshalb zusätzlich 20 Millionen Euro bereitstellen.

Abgeordneter Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) hielt hinsichtlich des Resolutionsantrags betreffend Bauordnung als Hindernis für Klimaschutz-Maßnahmen, wie z.B. Wärmedämmungsmaßnahmen fest, dass hiezu von dem damaligen Regierungsmitglied Heidemaria Onodi bereits einmal ein Antrag eingebracht worden war. Dieser sei fertig und in der Regierung gewesen, allerdings wieder zurückgezogen worden. Jetzt verlange man vom zuständigen FP-Regierungsmitglied, die Causa binnen innerhalb von zwei Monaten zu erledigen. Er stellte eine Regierungsvorlage in Aussicht. Zum Antrag des Abgeordneten Schuster meinte Waldhäusl, dass er diesem nicht zustimmen werde.

Abgeordneter Josef **J a h r m a n n** (SP) sagte zu den Ausführungen von Waldhäusl, dass sich die SP immer ihrer Regierungsverantwortung bewusst gewesen sei und daher den zur Diskussion stehenden Antrag zurückgezogen habe.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) betonte, dass die SP den Resolutionsantrag der Grünen betreffend der Jugendwohlfahrt nicht unterstützen werde, da bereits eine Dienstpostenaufstockung in diesem Bereich mit der VP angedacht wurde.

Die Gruppe 0 wurde mit Mehrheit angenommen, die Abstimmung erfolgte getrennt nach Budgetansatzgruppen. Der Resolutionsantrag der FP (Allgemeine Verwaltung, Repräsentationsausgaben – Landesregierung) der Abgeordneten Waldhäusl, Huber, Schwab, Sulzberger und Tauchner wurde abgelehnt. Der Resolutionsantrag der Grünen (Aufstockung Personal Fachbereich Jugendwohlfahrt) wurde abgelehnt. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Jahrmann und Waldhäusl (Einsetzung einer Expertenkommission zur Novellierung des NÖ Kanalgesetzes) wurde ebenfalls abgelehnt. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Fasan, Schuster, Jahrmann, Dr. Petrovic und Hauer (Bauordnung als Hindernis für Klimaschutz-Maßnahmen, wie z. B. Wärmedämmungsmaßnahmen) wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP angenommen.

## **Gruppe 1**

### **Öffentliche Ordnung und Sicherheit**

In der Gruppe 1 sind Ausgaben von 27,57 Millionen Euro und Einnahmen von 5,30 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Mag. Gerhard **K a r n e r** (VP) distanzierte sich von den Pauschalverurteilungen Waldhäusls gegenüber den NÖ Bürgermeistern. Er bedankte sich bei der Exekutive für die professionell vorbereitete Europameisterschaft. Die Polizei verdiene die Unterstützung der Politik, was sich auch in der finanziellen Dotierung im Landesbudget für Blaulichtorganisationen widerspiegle. Niederösterreich habe im Bereich der Sicherheit viel erreicht, u. a. mit der Antikorruptionsakademie in Laxenburg, dem Umbau von 95 Polizeidienststellen, der Übersiedlung des Kriminalamtes nach St. Pölten und der Installation einer Außenstelle des Kriminalamtes im Wiener Umland. Zur Kriminalstatistik meinte Karner, dass diese nicht verfälscht werde und nicht dazu dienen dürfe, Parteipolitik zu betreiben. Die Kriminalität in Niederösterreich sei im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Auch die Aufklärungsquote steige.

Abgeordneter Hermann **F i n d e i s** (SP) meinte, es habe sich in den letzten Jahren wenig im Sicherheitsbereich in der Bevölkerung verbessert. Dutzende Polizeiposten seien geschlossen und Beamtendienststellen abgebaut worden. Die Beamten würden jedoch hervorragende Arbeit leisten. Das Problem sei der akute Personalmangel und die gleichzeitig steigenden Verwaltungsaufgaben für die Beamten. Dies habe dazu geführt, dass in den letzten Jahren verstärkt private Sicherheitsagenturen von den Gemeinden eingesetzt werden.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) sprach zum Thema Sicherheit an der Grenze. Nach dem Fall der Schengen-Grenze habe sich die Zusammenarbeit mit den

Nachbarländern „verbessert“. So sei allein in seiner Region die Zahl der aufgegriffenen Illegalen von 3.000 auf unter 50 zurückgegangen. Auch die gemeinsamen Grenzkontrollen würden funktionieren. Bei zukünftigen organisatorischen Änderungen nach der EURO müssten auch soziale Überlegungen bei Versetzungen der einzelnen Polizisten berücksichtigt werden.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) meinte zum Thema Asyl und Sicherheit, dass sich hier in den letzten Jahren Einiges verbessert habe. Im Budget für das Jahr 2009 seien ca. 30 Millionen Euro für Asylbetreuung und Integrationsfragen vorgesehen. Verstärkt betrieben werden müsse die Integration. Sprachkurse das gegenseitige Verständnis verbessern. Außerdem dürften die Polizeiposten nicht ausgehungert werden.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) betonte zum Thema Sicherheit im Umland von Wien, dass es gerade hier in den vergangenen Jahren sehr große Erfolge gegeben habe, die Aufklärungsquote gestiegen sei. Die Polizistinnen und Polizisten würden in Niederösterreich ein sehr hohes Maß an Sicherheit gewährleisten. Sehr froh könne man auch sein, dass die Antikorruptionsakademie nach Laxenburg kommt. Das Land Niederösterreich investiere 6,5 Millionen Euro. Die Antikorruptionsakademie soll bis Ende 2009 fertig gestellt sein. Zum Thema Asylpolitik hielt Schuster fest, dass die Beherrschung der deutschen Sprache ein wichtiger Faktor zur Integration sei. Hier sei die NÖ Sprachoffensive eine besonders wertvolle Initiative.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) kritisierte, dass die Ausgaben für Kunst erhöht werden und man gleichzeitig bei den Einsatzorganisationen den Sparstift ansetzen werde. Von diesen Einsparungen seien aber alle Niederösterreicher betroffen, da die Bevölkerung im Katastrophenfall ein Recht auf Hilfe habe. Katastrophen seien schwer vorhersehbar, man könne und müsse aber Vorsorge zur Bewältigung solcher Ereignisse treffen. Einsparungen seien hier der falsche Weg. Die Freiwilligen bezeichnete er als „Helden, deren Engagement in besonderer Weise zu würdigen ist“. Sicherheit bestünde

aber nicht nur aus Prävention und rascher Hilfestellung, sondern auch im Schutz des persönlichen Eigentums. Daher brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** zur Aufrechterhaltung der Grenzsicherung auch nach der EURO 2008 ein.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sprach über Sicherheit in Bezug auf Energieversorgung und konkrete Projekte für Blaulichtorganisationen. Ein **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion fordert den Einsatz alternativer Energien bei den Feuerwehren. Damit könnte man auch die Produzenten unter Druck setzen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) referierte über die Einsatzgruppe Ost, die Sonderkommission gegen Städtelikriminalität und deren Erfolge. Diese Arbeit dürfe nicht schlecht geredet werden. Ergänzt würde die Arbeit der Exekutive durch Aktionen wie „Sicheres Wohnen“ und „Sichere Betriebe“. Über 90 Prozent der Niederösterreicher fühlten sich in Niederösterreich wohl.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, die Reduktion der Mittel für das Feuerwehrwesen fuße auf der Hoffnung auf das Ausbleiben von Katastrophen. Das sei ein Schlag in das Gesicht der zigtausend Freiwilligen, die Blaulichtsorganisationen hätten sich eine bessere Politik verdient. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert u. a., die Budgetkürzungen rückgängig zu machen. Die VP gaukle der Bevölkerung vor, dass die Grenzen bestens geschützt seien.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) sagte, das Sicherheitszentrum in Tulln sei ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den Zivilschutz. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl fordert eine Umsatzsteuerbefreiung bei der Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen. In der Folge brachte Findeis gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl zwei weitere **Resolutionsanträge** ein. Der erste lautet auf Entschädigungsregelungen für Freiwillige Einsatzorganisationen, der zweite betrifft steuerliche Begünstigungen für Mitglieder von Blaulichtorganisationen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, dass man den Freiwilligen mit diesen Anträgen „sicher keinen guten Dienst“ erweise. Zur Sicherheitsdebatte hielt er fest, dass es auch Bezirke mit starken Rückgängen bei der Kriminalität gebe. Namentlich nannte er Horn oder Hollabrunn. Waidhofen an der Thaya habe überhaupt die höchste Aufklärungsquote im Land. Zum Zivilschutz meinte er, dass Österreich zu den sichersten Ländern der Welt gehöre und Sicherheit auf den drei Säulen Exekutive, Freiwillige und Eigenverantwortung aufbaue. Der Zivilschutzverband sei hier eine wesentliche Stütze. In 251 Gemeinden gebe es bereits Sicherheitsinformationszentren. In den Schulen müsse punkto Sicherheit noch viel Arbeit geleistet werden; ein positives Beispiel sei hier die Kindersicherheitsolympiade.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Austritt Österreichs aus EURATOM ein. Beim Thema Sicherheit dominieren der klassische Sicherheitsbegriff und das Thema Naturkatastrophen, diese hätten deutlich zugenommen. Eine Absage erteilte sie der Atomenergie, man müsse mehr tun, um einen Ausstieg aus der Atomenergie zu ermöglichen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) führte aus, dass die Übersiedlung des Landeskriminalamts nach St. Pölten die Sicherheit und die Wertschöpfung in der Region erhöhe und der Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Exekutive diene. Die Investitionen an den Standorten St. Pölten und Mödling würden sich auf insgesamt rund 30 Millionen Euro belaufen. Die Chance zur verbesserten Kommunikation zwischen Exekutive und Blaulichtorganisationen biete auch der Digitalfunk, der bald zur Verfügung stehen werde. Ein weiteres positives Beispiel sei die Antikorruptionsakademie in Laxenburg, dazu seien 43 Polizeiinspektionen in Bau, 25 in Planung. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Auswirkungen des Ökologisierungsgesetzes 2007 für Blaulichtorganisationen ein. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um das Ziel zu erreichen, dass entweder durch eine gesetzliche Veränderung oder durch

eine Klarstellung erreicht wird, dass beim Erwerb von Kraftfahrzeugen, die für Zwecke der Krankenbeförderung und im Rettungsdienst verwendet werden bzw. für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehren keine Kohlendioxid-Abgabe anfällt.

Abgeordneter Alfredo R o s e n m a i e r (SP) sagte, die Sicherheit sei ein Bedürfnis, das alle Menschen konsumieren wollen. In Niederösterreich gebe es keine Naturkatastrophe, bei der nicht das Bundesheer aushelfe. Auch bei vielen gefährlichen Auslandseinsätzen genieße das Bundesheer hohe Anerkennung über alle Konfliktgrenzen hinweg bei der dortigen Bevölkerung. Der Tschad-Einsatz sei vor allem durch Angstmacherei in den Medien schlecht gemacht worden, obwohl die humanitäre Intervention der Internationalen Staatengemeinschaft notwendig sei.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) unterstrich die Wichtigkeit der Vereine für Niederösterreich. In Niederösterreich gebe es insgesamt 17.500 Vereine; 40 Prozent der Landsleute seien in Vereinen engagiert. Niederösterreich unterstütze das Freiwilligenwesen mit einer eigenen Servicestelle. Im Budgetvoranschlag 2009 sei vor allem auch die Unterstützung von Kleinstfeuerwehren vorgesehen. Mit der Landesfeuerweherschule in Tulln gebe es seit dem Vorjahr ein Sicherheitszentrum in Niederösterreich. Ein Zukunftsprojekt sei auch das digitale Funknetz für die Blaulichtorganisationen.

Abgeordneter Mag. Johann H e u r a s (VP) meinte, dass die VP dem Antrag der Grünen zum Austritt aus der Vereinigung EURATOM beitreten werde. Weiters brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend zusätzliche finanzielle Mittel für Niederösterreichs Blaulichtorganisationen ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese rasch konkrete Maßnahmen prüfe, wie zusätzliche Mittel aus der bundesweiten Mineralölsteuer für die Blaulichtorganisationen bereitgestellt werden können.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dass er dem Resolutionsantrag der Grünen betreffend Austritt aus dem EURATOM-Vertrag beitreten werde.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) meinte, dass alle im Landtag vertretenen Parteien sich für die Blaulichtorganisationen bzw. für mehr Sicherheit für die Bevölkerung einsetzen. Den **Resolutionsantrag** der FP betreffend Grenzsicherung nach der EURO lehne er ab, allen anderen Resolutionsanträgen werde die Grüne Fraktion zustimmen.

Die Gruppe 1 wurde mit Mehrheit (VP und SP) angenommen. Der Abänderungsantrag der Freiheitlichen (Zukunftsvertrag für Blaulichtorganisationen) wurde abgelehnt. Die Resolutionsanträge der Freiheitlichen (Grenzsicherungen auch nach der EURO), der Grünen (Einsatz alternativer Energien bei den Feuerwehren) und der Freiheitlichen (Zukunftsvertrag für unsere Blaulichtorganisationen) wurden abgelehnt. Ebenso wurden die Resolutionsanträge der Abgeordneten Findeis und Waldhäusl (Umsatzsteuerbefreiung bei der Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen), der Abgeordneten Findeis und Waldhäusl (Entschädigungsregelungen für Freiwillige in Einsatzorganisationen) und der Abgeordneten Findeis und Waldhäusl (steuerliche Begünstigungen für Mitglieder von Blaulichtorganisationen) abgelehnt. Der EUROTOM-Antrag der Abgeordneten Petrovic, Krismer, Weiderbauer, Fasan wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Grandl betreffend Auswirkungen des Ökologisierungsgesetzes 2007 für Blaulichtorganisationen wurde angenommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Heuras betreffend zusätzliche finanzielle Mittel für Niederösterreichs Blaulichtorganisationen wurde ebenfalls angenommen.

## **Gruppe 2**

### **Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft**

In der Gruppe 2 stehen Ausgaben von 1.198,27 Millionen Euro Einnahmen von 920,28 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Herbert Noworadsky (VP) betonte, dass Niederösterreich mit dem NÖ Bildungsmodell und den Bildungsregionen bereits eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Aus dem Bestreben die Bildungslandschaft und die Schulstandorte zu erhalten, seien die Bildungsregionen hervorgegangen. Es gelte der Grundsatz, die Lehrer sollten zu den Schülern kommen und nicht umgekehrt. Gleichzeitig solle die Vielfalt in Niederösterreich erhalten und der Selektionsdruck von Kindern und Eltern genommen werden. Für das neue NÖ Schulmodell hätten sich bis jetzt 60 Schulen gemeldet. Das NÖ Schulmodell sei ein „Modell der Zukunft“. Er wies auch auf die Aktion „MUT“ (Mädchen und Technik) hin, die zeige, wie es möglich ist, dass auch Mädchen technische Berufe erlernen. Sehr erfolgreich sei auch die Woche der Hauptschulen gewesen.

Abgeordneter Josef Jährmann (SP) sagte, das NÖ Schulmodell sei ein „Spezialmodell, das einen gewissen Spagat offenbart“. Die Bildungsentscheidung würde zwar zwei Jahre hinausgeschoben, vier Jahren wären jedoch besser gewesen. Insgesamt würde durch dieses Modell keine signifikante Erneuerung des Systems erfolgen, sondern nur eine neue Schnittstelle geschaffen. Im Budget 2009 sei zu wenig zur Lösung von aktuellen Problemen enthalten, wies er etwa auf das Thema verhaltensauffällige Kinder hin. Weiters erneuerte er die Forderung nach einem Gratiskindergarten am Nachmittag. Er brachte auch einen **Resolutionsantrag** zum Thema „Freiwilligen-Schnuppertage für SchülerInnen als Maßnahme gegen Nachwuchssorgen von Blaulichtorganisationen“ ein und ersuchte um getrennte Abstimmung in dieser Gruppe.

Abgeordneter Martin Schuster (VP) referierte zum Thema Sprachförderung. Beginnend bei den Kindergärten gebe es in Niederösterreich vor allem einen Schwerpunkt für fremdsprachige Kinder. Von diesem bemerkenswerten Projekt profitierten Kinder mit anderer Muttersprache als Deutsch, aber auch Kinder mit deutscher Muttersprache, weil sie so auch andere Kulturen kennen lernen würden. Die Sprachförderung werde auch in den Volks- und Hauptschulen sowie den Polytechnischen Schulen fortgesetzt. Wichtig

sei es auch, die Kinder und Jugendlichen bezüglich Fremdsprachen „fit zu machen“. Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 sei ein wesentlicher Schritt für die Kinder, aber auch für die Lehrer gewesen.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) meinte, die Zunahme der Gewaltbereitschaft in den Schulen verlange nach einer Bedarfserhebung des Schulpsychologischen Dienstes. Die gemeinsame Schule bedeute keine Nivellierung nach unten. In 25 Ländern funktioniere dies sehr wohl. Das NÖ Schulmodell sei eigentlich eine Verlängerung der Gesamtschule Volksschule, die Schnittstelle mit 12 Jahren sei völlig unnötig. Die Krise der Donau-Universität Krems könne nicht auf die Frage Rektor oder Rektorin reduziert werden. Wenn nur die Hälfte der Anschuldigungen des ehemaligen Rektors stimme, sei dies ein riesiger Skandal. Er glaube Prof. Kramer jedenfalls jedes Wort. Die Aufnahme der Zweieinhalbjährigen in die Kindergärten sei eine gute Sache, die Schnittstelle Kindergarten – Volksschule funktioniere aber immer noch nicht ausreichend. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion gemeinsam mit Abgeordneter Kadenbach fordert flächendeckend interkulturelle MitarbeiterInnen in den Kindergärten.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) nannte die Aufnahme der Zweieinhalbjährigen in die Kindergärten einen „Hüftschuss“ vor der Landtagswahl. Jetzt stünden die Gemeinden vor dem Problem, rasch geeignete Gruppenräume zu schaffen, wodurch eine Fülle überteuerter Provisorien entstehe. Hier werde Steuergeld für eine „Husch-Pfusch-Aktion“ verschwendet. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert kostenfreie Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten.

Abgeordneter Emil **S c h a b l** (SP) brachte einen **Resolutionsantrag** zur NÖ Schülerbeihilfe ein. Es sei an der Zeit, die Richtlinien zu evaluieren.

Abgeordnete Erika **A d e n s a m e r** (VP) meinte zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Jahrman, dass es bereits eine Kooperationen zwischen Feuerwehren und Jugendrotkreuz mit Schulen bzw. einen entsprechenden Erlass des Landesschulrates ge-

be. Die Präventionsarbeit an Schulen sei wichtig, da Kinder heutzutage viel Druck und großen Anforderungen ausgesetzt seien; die Gewaltbereitschaft steige. Vom Land sei bereits Anfang des Jahres eine Hotline eingerichtet worden, es gebe zudem zahlreiche Projekte sowie Schulsozialarbeit.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) beschäftigte sich mit der Berufsausbildung bzw. dem Facharbeitermangel und wies darauf hin, dass das Land Niederösterreich auf dieses Problem u. a. mit „Lehre mit Matura“, der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auch an Landesberufsschulen sowie mit Investitionen reagiert habe.

Abgeordneter Ewald S a c h e r (SP) betonte, dass er zum wiederholten Mal die Errichtung einer höheren technischen Lehranstalt (HTL) in einem der fünf Waldviertler Bezirke fordert. Vor der Landtagswahl 2008 sei man diesem Anliegen lediglich mit einer halbherzigen Lösung – der Errichtung einer Vorstufe zur HTL – begegnet. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl und Gratzner brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Errichtung einer HTL Waldviertel ein.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) widmete sich der landwirtschaftlichen Ausbildung und meinte, dass Niederösterreich hier auf einem sehr guten Weg sei. In der Landwirtschaftlichen Fachschule in Mistelbach werde im neuen Schuljahr der neue Hochschullehrgang zum Thema Ernährung angeboten. Dabei werde auch eine Verschränkung mit der HTL für Gesundheitstechnik in Mistelbach angestrebt. Außerdem gebe es neue Bildungsangebote in den Bereichen Bürofachkraft und Wirtschaftsassistentin. Generell seien die Landwirtschaftlichen Fachschulen in Niederösterreich auf dem richtigen Weg, was man an den gestiegenen Schülerzahlen und den neuen Ausbildungsschwerpunkten ersehen könne.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, mit dem Modell Lehre mit Matura sowie mit den Fachhochschulen St. Pölten, Wiener Neustadt, Krems und den dislozierten Standorten Tulln und Wieselburg habe man attraktive Bildungsangebote geschaffen. Weitere

attraktive Angebote seien die Top-Stipendien für die „Bildungsspitze“, das Semesterticket für niederösterreichische Studenten sowie der neue Lehrgang „Eisenbahn-Infrastruktur“ an der Fachhochschule St. Pölten.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) sagte, die Förderung von Forschung und Entwicklung stärke die Konkurrenzfähigkeit der NÖ Wirtschaft. Weitere Forschungszentren im Land seien das Universitätszentrum in Tulln und das Institute of Science and Technology (ISTA) in Klosterneuburg. Ziel müsse es sein, die Forschungsquote in Niederösterreich auf drei Prozent des BIP zu erhöhen. Außerdem solle der Zugang zu EU-Forschungsgeldern erleichtert werden. Es brauche auch ein Landesleitbild für die Bereiche Forschung, Entwicklung und Technologie.

Abgeordneter Dipl.Ing. Willibald E i g n e r (VP) erklärte, das Institute of Science and Technology in Klosterneuburg bringe Impulse für die ganze Region und ermögliche die weitere internationale Zusammenarbeit in Forschung und Technologie. In der ersten Phase würden dort bis zu 400 Forscher beschäftigt sein. Auch die Umfahrung von Klosterneuburg und die bessere Verkehrsanbindung des ISTA an Wien werden in den nächsten Monaten abgeschlossen. Neben der Donau-Universität Krems als postgraduale Bildungseinrichtung liege Niederösterreich auch das immer größer werdende Universitäts- und Forschungszentrum Tulln am Herzen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, Sport sei wichtig für Körper und Geist. Daher sei es notwendig, dass das Land Niederösterreich sowohl den Breitensport als auch den Spitzensport unterstütze. Sportveranstaltungen seien notwendig und wichtig, sollten aber unbedingt unpolitisch über die Bühne gehen. In Niederösterreich würden Sportveranstaltungen politisch missbraucht, wie die Waldviertelrallye oder der Wachaurathon in Krems.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) betonte, Niederösterreich sei das Familienland Nummer eins und eine soziale Modellregion. Mit dem kostenlosen Kindergarten

am Vormittag und der sozialen Staffelung am Nachmittag sei Niederösterreich beispielgebend für andere Bundesländer. In Niederösterreich sei der Kindergarten für jede Familie leistbar und eine wichtige Institution für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bereits im Jahr 2006 wären wichtige Änderungen im Kindergartenbereich vorgenommen worden, etwa bei den Schließungszeiten in den Ferien oder durch die Senkung der Kinderzahl von 28 auf 25. Der Kindergartenbesuch ab 2,5 Jahren bezeichnete sie als vorbildhaft. Die Gemeinden würden dabei mit einer Förderung von bis zu 72 Prozent unterstützt.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, Niederösterreich sei das familienfreundlichste Bundesland. Kinderbetreuung solle erstens kindgerecht und zweitens elterngerecht sein. Bei den Tagesmüttern sei Niederösterreich führend, kein Bundesland könne eine derart hohe Betreuungsquote durch Tagesmütter vorweisen. Auch durch Horste sei eine flexible Kinderbetreuung gewährleistet. Eine Form der Kinderbetreuung in Arbeitsplatznähe stellten die Kinderstuben dar.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) zeigte sich „betroffen“, dass es keinen Platz gebe um kreativ zu sein und Dinge weiterzuentwickeln. Man sollte sich nicht auf Lorbeeren ausruhen, sondern die Entwicklung weiter vorantreiben. Der Rechnungshof habe Verbesserungspotenziale beim Namen genannt. Etwa beim flächendeckenden Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen und bei der Chancengleichheit. Wenn Kinderbetreuung bestmöglich angeboten werde, würden die Familien auch mehr Mut zum Kind beweisen. Sie brachte darauf hin einen **Resolutionsantrag** betreffend kostenlose Nachmittagsbetreuung in den NÖ Landeskindergärten ein.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meinte, entgegen den gut gemeinten Resolutionsanträgen und dem ständigen Jammern der SP gebe es im Endeffekt in Niederösterreich sehr viele Förderungen für Familien. Die Nachmittagsbetreuung an Volks- und

Sonderschulen etwa gebe es in Niederösterreich bereits seit 2004. In Niederösterreich werde punktgenau gehandelt.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) sprach zur Bedeutung des Spitzensports. Die Rahmenbedingungen in Niederösterreich wie die enge Zusammenarbeit mit den Vereinen, die Top-Sportaktion oder Sportland NÖ könnten sich sehen lassen. Niederösterreich stehe im Bereich des Spitzensports auf einer soliden Basis.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) betonte, Sport habe in Niederösterreich einen sehr hohen Stellenwert als Fit- und Gesundheitsmacher. Sport schaffe zudem soziale Bindungen, trage zur Gesundheitsvorsorge bei und sei ein enormer wirtschaftlicher Faktor.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) sagte, Niederösterreich sei das Sportland Nummer eins, eine breite Bewegungsvielfalt sei wichtiger denn je. Sport pflege bereits bei den Kleinsten Persönlichkeitsbildung, Integration und Teamfähigkeit.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) bezog sich auf die Kritik zur Teilzeitbeschäftigung, er habe nur einen Rechnungshofbericht zitiert. Zudem kündigte er an, allen Resolutionsanträgen zuzustimmen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) zog den Resolutionsantrag (Kindergarten als Bildungseinrichtung am Nachmittag kostenfrei) zurück und kündigte an, dem Antrag der Abgeordneten Kadenbach beizutreten.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) nahm zum Resolutionsantrag bezüglich HTL im Waldviertel Stellung, seine Fraktion werde diesen Antrag ablehnen. Stattdessen brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Mold und Maier einen **Resolutionsantrag** betreffend Vermehrung der höheren technischen Ausbildungsplätze im Waldviertel ein.

Abgeordneter Ewald S a c h e r (SP) sagte, er bleibe zwar bei seinem Antrag, werde aber auch dem letzten Resolutionsantrag zustimmen.

Bei der folgenden Abstimmung wurden die getrennt abgestimmten Bereiche mit den Stimmen der VP, die übrigen mit den Stimmen der VP und SP angenommen. Die Reso-

lutionsanträge Jahrmann (Freiwilligen-Schnuppertage für SchülerInnen), der Grünen (Interkulturelle MitarbeiterInnen in NÖ Kindergärten), der Abgeordneten Schabl und Ing. Huber (Änderung Richtlinien NÖ Schülerbeihilfe), der Abgeordneten Sacher, Waldhäusl und Ing. Gratzner (Errichtung einer HTL Waldviertel) und der Abgeordneten Kadenbach (Kostenlose Nachmittagsbetreuung in den NÖ Kindergärten) wurden abgelehnt. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Hofbauer, Mold und Maier (Vermehrung der höheren technischen Ausbildungsplätze im Waldviertel) wurde angenommen.

Die Beratungen zum NÖ Landesbudget 2009 werden morgen um 9 Uhr mit der Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus, fortgesetzt.